

**23. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss**  
(13. - nicht öffentliche - Sitzung am 2. November 2016)

**Beratungsthema:**

**Verfahrensfragen, Beweisbeschlüsse, Termine, Sachstandsbericht des Ermittlungsbeauftragten**

*Der Untersuchungsausschuss erörterte die Frage der Rechtmäßigkeit der erteilten Aussagegenehmigungen und die bestehenden Rechtsschutzmöglichkeiten.*

*Auf Antrag des Abg. Nacke setzte der Untersuchungsausschuss die für die heutige Sitzung vorgesehene Vernehmung des Zeugen Brockmann einstimmig von der Tagesordnung ab.*

*Die Fraktionen der CDU und der FDP legten einen Beweisantrag vor, der die Vernehmung einer Reihe von Zeugen zu allen Komplexen des Einsetzungsbeschlusses (Drs. 17/5687) vorsieht. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Fraktionen der CDU und der FDP beschloss der Untersuchungsausschuss, über den Beweisantrag erst in der nächsten Sitzung zu beschließen.*

*Der Untersuchungsausschuss beschloss einstimmig, am 11. November 2016 eine zusätzliche - nicht öffentliche - Sitzung durchzuführen.*

*Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP beschloss der Untersuchungsausschuss, die Sitzung vor Erledigung der Tagesordnung zu beenden.*